

Ein hartes Pflaster für Schwyzer Frauen

SCHWYZ Heute ist Tag der Frau. Doch in der Schwyzer Parteienlandschaft beissen sie auf Granit. In fünf Gemeinden kandidiert keine einzige Frau für den Kantonsrat.

JÜRIG AUF DER MAUR

Heute, am internationalen Tag der Frau, haben Schwyzer Frauen, die sich für Politik interessieren, nur wenig Grund zum Jubeln. Ein Blick in die verschiedenen Listen der grossen und kleineren Parteien zeigt: Es sind nur wenige, die den Sprung auf eine Liste schaffen – vorausgesetzt, sie wollen überhaupt.

Rad wird zurückgedreht

«Es ist ein gesellschaftliches Problem, das uns stark beschäftigen muss», sagt denn auch Mona Birchler, die seit rund



einem Jahr das Frauennetz Schwyz präsidiert. Die Gründe, weshalb nur so wenig Frauen in den Gemeinden zu den kommenden Wahlen antreten, seien komplex und gar nicht so einfach zu beantworten. Was in Schwyz zu sehen sei, sei im Prinzip der Spiegel des gesellschaftlichen Ist-Zustandes. «Hätte ich ein Rezept, wie das zu lösen wäre, ich würde es sofort sagen.»

Momentan, findet Birchler, seien eher Rückschritte feststellbar. Die Präsenz der Frauen in der Wirtschaft und in der

Politik sei eher auf dem Rückmarsch. Alles hänge letztlich zusammen: Sind die Frauen nicht in der Wirtschaft vertreten, fehlen sie auch in der Politik. Das Frauennetz will deshalb langfristig für das ganze Thema sensibilisieren. Die eigentliche Suche nach Frauen für politische Listen will das Frauennetz aber den Parteien überlassen. Dass nur so wenige antreten, versteht Birchler aber nicht: «Wir haben im Kanton Schwyz so viele gute Frauen.» Diese hätten unbestrittenermassen auch viel zu sagen und beizutragen. «Toll» wäre ein Verhältnis von 50:50 Prozent. Doch schon eine Quote von 30 Prozent scheine im Moment nicht zu erreichen.

Gleiche Spiesse in Ingenbohl

Und so präsentiert sich die Ausgangslage für die Kantonsratswahlen vom kommenden 20. März fast frauenlos. In nicht weniger als fünf Gemeinden und Bezirken – Gersau, Lauerz, Rothenthurm, Riesenstalden und Alpthal – steht gar keine Frau zur Debatte. Am meisten Frauen, nämlich zehn, treten in Küssnacht an, und die höchste Frauenquote verzeichnet die CVP-Liste der Gemeinde Ingenbohl. Hier ist mit drei Frauen und drei Männern Parität erreicht, die 50-Prozent-Quote quasi Realität.

In Brunnen, Küssnacht und Arth könnten Frauen immerhin eine volle Liste mit Frauennamen ausfüllen. Es hat, aus allen Parteien zusammengestellt, genügend Frauenkandidaturen.

Grosse mit Problemen

Vor allem die grossen bürgerlichen Parteien scheinen Probleme mit dem Frauennachwuchs zu haben. In Schwyz sind sowohl die SVP- auch die FDP-Liste frauenlos. Das gleiche gilt in Steinen für die SVP, die CVP und die SP, in Muotathal für die SVP und die CVP, in Ingenbohl für die SVP und in Sattel für die SVP-, FDP- und CVP-Liste.



Wie in der Regierung: Bei den Kantonsratswahlen sind Frauen allein auf weiter Flur.

Bild Erhard Gick

Kommission mahnt, wachsam zu sein

SCHWYZ adm. Die Ereignisse von Köln gingen um die Welt. Mehr als 500 Anzeigen von Frauen, die in dieser Nacht von Männern bestohlen oder belästigt worden sind, sorgten für weltweite Empörung. Laut Polizei beschrieben Zeugen die Täter als «nordafrikanisch» oder «arabisch» aussehend. 30 Verdächtige konnten von der Polizei identifiziert werden. Auch in der Schweiz, in Zürich, passierten solche Vorfälle.

Nulltoleranz bei Gewalt

Jetzt hat sich die Schwyzer Gleichstellungskommission mit diesem Thema beschäftigt, und an der letzten Sitzung wurde darüber debattiert. Doris Beeler, Präsidentin der Gleichstellungskommission, warnt: «Bei aller Bestürzung für die schwer fassbaren und begreifbaren Ereignisse in Deutschland und der Schweiz darf die häusliche Gewalt nicht aus den Augen verloren gehen.» Dies sei nach wie vor die am meisten verbreitete Form von Gewalt an Frauen.

Die Zahlen sind traurig: Jede zweite Woche stirbt in der Schweiz nämlich eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt. Auch das Umgekehrte, Gewalt von Frauen an Männern, sei Realität. Diese Gewalt passiere leider in allen sozialen Schichten.

Beeler: «Die Gleichstellungskommission will deshalb unmissverständlich festhalten, dass Gewalt, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, nicht tolerierbar ist.» Es gelte Null-Toleranz.

«Die Opfer sterben langsam weg»

Wenn auch reichlich spät, werden die einstigen Verdingkinder in der Schweiz doch noch für ihr Leid entschädigt. Doch die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam – zu langsam, wie der Goldauer Albert Eble findet.

Die ersten 20 Jahre seines Lebens waren für Albert Eble der reinste Albtraum. Als Baby wurde er von seiner Mutter weggegeben, und auch bei der Pflegefamilie konnte er nur wenige Jahre bleiben. Mit fünf kam er auf einen Bauernhof im zugerischen Menzingen. Von da an war er nur noch «dr Chnächt», schuftete ohne Lohn auf dem Feld und im Stall. Ein eigentliches

BEGEGNUNGEN

Familienleben kannte er nicht. Für den Ziehvater war er nur der Sündenbock; statt Zuneigung gab es Schläge. Die Situation besserte sich auch nicht, als der Junge zweimal das Zuhause wechseln musste. Erst in der RS fasste er den Mut, auszubrechen und ein neues Leben anzufangen.

Mit diesem Schicksal steht Albert Eble nicht alleine da. Schätzungsweise 12 000 bis 15 000 Opfer staatlicher Zwangsmassnahmen und ehemalige Verdingkinder leben heute noch in der Schweiz. Für das Leid, das ihnen zugefügt wurde, sollen sie nun – Jahrzehnte später – entschädigt werden. Eine Wiedergutmachungsinitiative rund um Hauptinitiant Guido Fluri fordert unter anderem einen Fonds über 500 Millionen Franken für schwer betroffene Opfer (wir berichteten).

Der Bundesrat stimmte einer Entschädigung grundsätzlich zu, liess aber einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten. Im Dezember verabschiedete er die Botschaft zu einem entsprechenden Bundesgesetz, das einen Solidaritätsbeitrag von 300 Millionen Franken vorsieht.



Der ehemalige Verdingbub Albert Eble möchte ein Strich unter dieses dunkle Kapitel seines Lebens ziehen. Noch wartet er aber auf eine Wiedergutmachung.

Bild Bianca Anderegg

Ob nun 500 oder 300 Millionen Franken – der einstige Verdingbub Albert Eble hat nur einen Wunsch: «Es soll endlich vorwärtsgehen.» Der Goldauer sieht seinem 80. Geburtstag entgegen, und etwa im selben Alter sind auch seine Leidensgenossen. «Die Opfer sterben weg, bevor sie etwas von der Wiedergutmachung gesehen haben», ärgert sich Eble. In anderen Ländern seien die Verdingkinder schon längst ausbezahlt worden. «Nicht so in der reichen Schweiz.»

Luzius Mader, Delegierter für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und stellvertretender Direktor des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, kann die Ungeduld

der Betroffenen verstehen, wie er auf Anfrage bestätigt. «Wer immer mit den Entscheidungsabläufen im schweizerischen Gesetzgebungsverfahren vertraut ist, weiss jedoch, dass die Behörden in dieser Sache nicht nur im Eilzugtempo, sondern im Turbo-Tempo handeln», betont er. Der Vorschlag des Bundesrats erlaube eine möglichst rasche Auszahlung der Solidaritätsbeiträge. Frühestens ab der ersten Hälfte des kommenden Jahres sollen die Opfer ihr Geld erhalten.

Deutlich länger müssten sie indes auf eine Umsetzung der Wiedergutmachungsinitiative warten. Denn halten beide Seiten, also Initiativkomitee und Bund, an ihren Forderungen

fest, wird eine Volksabstimmung nötig. Dies hätte laut Mader «erhebliche Verzögerungen» zur Folge. Deshalb würde Albert Eble einen Rückzug der Initiative begrüssen – auch wenn er grosse Stücke auf Guido Fluri hält. «Wenn er nicht gewesen wäre, wären wir heute noch nicht so weit», ist der Pensionär überzeugt.

Das ist zwar nicht viel, aber ich finde, wir müssen damit zufrieden sein. Ich zumindest bin es», sagt Albert Eble. Das, was die Verdingkinder durchgemacht hätten, könne auch ein noch so hoher Betrag nicht wiedergutmachen. «Viele leiden noch heute», weiss der Goldauer, der sich regelmässig mit Schicksalsgenossen trifft.

Das ist allerdings noch etwas anderes, das Albert Eble sauer aufstösst: die Knausrigkeit des Kantons Schwyz. Dieser hat sich zwar am Soforthilfefonds beteiligt, der als Überbrückungsmassnahme für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen eingerichtet worden war, dem Gesetzesentwurf des Bundesrats begegnete er aber skeptisch. In seiner Vernehmlassungsantwort schrieb der Schwyzer Regierungsrat, er sei «grundsätzlich dagegen, dass die Solidaritätsbeiträge auch durch Zuwendungen der Kantone finanziert werden sollen», und lehne den Zahlungsrahmen und die Beteiligung der Kantone ab. Man erkenne, dass den Betroffenen unnötiges Leid widerfahren sei, und bedauere dies. Ebenso sei die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Aufarbeitung unbestritten. Man sei jedoch zurückhaltend bei der Beurteilung des Rechts und der Praxis der Vergangenheit und wolle überdies keinen Präzedenzfall schaffen. «Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich individuell ihr eigenes Urteil bilden und selber entscheiden dürfen, ob sie sich mittels Spenden am Solidaritätsfonds beteiligen», so das Fazit des Regierungsrats.

Für Albert Eble ist diese Haltung ein Schlag ins Gesicht. «Der Kanton schaut nur für sich. Es dreht sich wieder einmal alles ums Sparen», bedauert er. «Dabei gab es auch hier viele Verdingkinder.» Der Pensionär hat seine Geschichte schon oft erzählt, wurde etwa in Schulen eingeladen und für Abschlussarbeiten interviewt. Das Schicksal der Verdingkinder bekannt zu machen, ist ihm ein Anliegen. Können er und die Tausenden von weiteren Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen in der Schweiz endlich eine finanzielle Entschädigung in den Händen halten, will der Goldauer aber einen Strich unter dieses dunkle Kapitel seines Lebens ziehen. «Es bringt nichts, immer wieder über diese schlimme Zeit nachzudenken. Das macht einen nur krank.»

BIANCA ANDEREGG